

Telefon: 233 - 92 430  
Telefax: 233 - 27 458

**Direktorium**  
Fachstelle für Demokratie  
FgR

## **Aufklärungskampagne gegen Vorurteils kriminalität**

### **Maßnahmen gegen Vorurteils kriminalität I – Aktiv Zivilcourage und Solidarität stärken**

Antrag Nr. 20-26 / A 02181 von Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste, Freie Wähler

Herr StR Dominik Krause, Frau StRin Nimet Gökmenoglu, Herr StR Thomas Niederbühl, Frau StRin Mona Fuchs, Herr StR Christian Smolka, Frau StRin Angelika Pilz-Strasser, Frau StRin Marion Lüttig, Frau StRin Micky Wenngatz, Herr StR Christian Vorländer, Herr StR Roland Heffer, Herr StR Christian Köning, Frau StRin Dr. Julia Schmitt-Thiel, Frau StRin Lena Odell, Frau StRin Dr. Evelyne Menges, Frau StRin Alexandra Gaßmann, Frau StRin Beatrix Burkhardt, Herr StR Andreas Babor, Frau StRin Sabine Bär, Herr StR Michael Dzeba, Herr StR Hans Hammer, Frau StRin Marie Burneleit, Herr StR Stefan Jagel, Frau StRin Brigitte Wolf, Herr StR Thomas Lechner, Herr StR Prof. Dr. Jörg Hoffmann, Frau StRin Gabriele Neff, Herr StR Fritz Roth, Herr StR Richard Progl, Herr StR Tobias Ruff, Frau StRin Sonja Haider, Herr StR Dirk Höpner, Frau StRin Nicola Holtmann, Herr StR Hans-Peter Mehling, Herr StR Rudolf Schabl  
vom 30.11.2021

## **Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 04925**

Anlagen

### **Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 19.01.2022** Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag des Referenten**

##### **1. Ergebnisse der Studie „Hasskriminalität in München“**

Eine von der Landeshauptstadt München in Auftrag gegebene Studie zum Thema „Hasskriminalität in München“, die im Sommer 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, hat gezeigt, dass in der Landeshauptstadt vermutlich sehr viel mehr Menschen von Vorurteilskriminalität betroffen sind, als die polizeiliche Kriminalstatistik dies vermuten lässt. So stellten laut der Studie nur 9% der Münchner\*innen, die von strafrechtlich relevanter Vorurteilskriminalität betroffen waren, auch eine Strafanzeige bei der Polizei (im Vergleich zu 25% bei anderen Straftaten in derselben Studie).

Betroffen von Vorurteilskriminalität sind in München zahlreiche Minderheiten bzw. vulnerable Gruppen. Vorurteilsmotivierte Kriminalität wird nach den Ergebnissen der Studie insbesondere aufgrund der (vermuteten) Herkunft, Hautfarbe oder des Geschlechts einer Person verübt. Ebenso betroffen sind Personen aufgrund ihrer sexuellen Identität. Mit 35% ist die

rassistisch motivierte Diskriminierung der Bereich, in dem laut der vorliegenden Studie die meisten vorurteilsmotivierten Straftaten verübt werden, weshalb hierauf ein besonderes Augenmerk der Bemühungen liegen soll. Auch die Hautfarbe wird mit 17% häufig als Diskriminierungsmerkmal genannt.

Überproportional vertreten unter denjenigen, die in der vorliegenden Studie die Polizei bei Vorurteilsdelikten nicht zu Hilfe gerufen haben, sind junge Menschen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Menschen mit eigener Zuwanderungsgeschichte sowie Frauen und Menschen mit einer diversen geschlechtlichen Identität. Die geplante Kampagne soll daher insbesondere die genannten Gruppen ansprechen.

Die Hälfte der Opfer hat laut der vorliegenden Studie die Taten nicht angezeigt, weil sie als nicht so schwerwiegend angesehen wurden. Ein Drittel der Befragten wollte Ruhe haben und das Ereignis schnellstmöglich vergessen. Für 30% der Befragten war die Vermutung, dass die Polizei den Fall sowieso nicht aufklären könnte, der Grund für die Nichtanzeige.

Mit jeweils rund 20% der Nennungen folgten die Begründungen

„... weil ich aufgrund von Erfahrungen aus meiner Gruppe weiß, dass das nichts bringt“,

„... weil es mir zu viel Mühe war, die Polizei einzuschalten“ und

„... weil ich nicht wusste, dass es sich um eine Tat handelt, die man anzeigen kann“.

## **2. Initiierung eines Gesprächsprozesses zwischen Betroffenenorganisationen, Polizei und Staatsanwaltschaft durch die Fachstelle für Demokratie**

Die Fachstelle für Demokratie hat als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen einen umfangreichen Gesprächsprozess initiiert, in dem Vertreter\*innen von Betroffenenorganisationen, Polizei und Staatsanwaltschaft zu einem Austausch zusammenkommen, um gemeinsam insbesondere die folgenden Fragen zu diskutieren:

- Wie stellt sich die Lage bzgl. Vorurteils kriminalität aus Sicht der Betroffenen (-organisationen) dar?
- Welche Hindernisse bestehen bei der Anzeigeerstattung und wie können diese abgebaut werden?
- Bedarf es vertrauensbildender Maßnahmen seitens der Institutionen und wenn ja, wie könnten diese aussehen?
- Welche Inhalte (und ggf. Verbreitungswege) sind für die geplante Aufklärungskampagne von besonderer Bedeutung?

Ziel ist es insbesondere, den an den Gesprächen beteiligten Institutionen einen Perspektivwechsel zu ermöglichen und institutionelle Optimierungen auf der Grundlage der in den Gesprächen genannten Punkte anzustoßen.

**3. Auf Antrag der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste, Freie Wähler:  
Entwicklung einer öffentlichkeitswirksamen Aufklärungskampagne gegen Vorurteils kriminalität durch die Fachstelle für Demokratie**

Daneben bedarf es, wie von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion, CSU-Fraktion, Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI, FDP BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion, Fraktion ÖDP/München-Liste, Freie Wähler beantragt einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, die

- a) ein klares Zeichen gegen Vorurteils kriminalität in München setzt,
- b) erläutert, welche Sachverhalte anzeigefähig sind und damit mehr Menschen über ihre Rechte aufklärt,
- c) und nicht selbst betroffene Personen dazu motiviert, bei Vorurteilsdelikten zu handeln, um die Betroffenen zu unterstützen.

Dabei soll u.a. auf die folgenden Medien gesetzt werden:

- Webseiten
- Social-Media-Anzeigen
- Broschüren / Plakate (Präsenz insbesondere an Orten, an denen laut der Studie besonders viele Vorurteilsdelikte begangen werden, z.B. ÖPNV, Wohnumfeld)
- Printanzeigen
- Münchner Fenster / Fahrgastfernsehen

Während die Agenturkosten aus dem laufenden Budget der Fachstelle für Demokratie finanziert werden können, übersteigen die Werbe- und Verbreitungskosten das Budget der Fachstelle. Daher bedarf es in 2022 einmalig der Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 80.000 Euro u.a. für Druckkosten, die Platzierung der Information im Münchner Fenster / Fahrgastfernsehen, Anzeigenschaltungen, Werbeflächen, Facebook- und Instagram-Anzeigen.

## 4. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

### 4.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten</b>		80.000,-- in 2022	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*			
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**		80.000,-- in 2022	
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente			

### 4.2 Finanzierung

Die Finanzierung kann mit Ausnahme der Agenturkosten, die aus dem vorhandenen Budget der Fachstelle bestritten werden sollen, weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen. Da die Studie zur Vorurteils kriminalität erst im Sommer 2021 dem Stadtrat vorgestellt wurde und die aus Sicht des Stadtrats zu ergreifenden Maßnahmen erst im November 2021 hinreichend konkretisiert und in einem entsprechenden Antrag formuliert werden konnten, war eine Berücksichtigung der gewünschten Kampagne weder im Eckdatenbeschluss noch in den Haushaltsbeschlüssen 2022 zeitlich möglich. Die benötigten Gelder sollen aber dem Direktorium – Fachstelle für Demokratie noch im Rahmen der Beschlussfassung über den städtischen Haushalt 2022 im Teilhaushalt des Direktoriums zur Verfügung gestellt werden, um frühest möglich mit den beschriebenen Aktivitäten starten zu können.

### 5. Einbindung der Stadtkämmerei

Diese Beschlussvorlage wurde der Stadtkämmerei zur Mitzeichnung übersandt. Die Kämmerei stimmt nicht zu, die Stellungnahme ist diesem Beschluss als Anlage beigelegt.

## **6. Beteiligung der Bezirksausschüsse**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

## **II. Antrag des Referenten**

1. Die Fachstelle für Demokratie wird beauftragt, eine Kampagne entwickeln zu lassen, die
  - a) ein klares Zeichen gegen Vorurteils kriminalität in München setzt,
  - b) erläutert, welche Sachverhalte anzeigefähig sind und damit mehr Menschen über ihre Rechte aufklärt,
  - c) und nicht selbst betroffene Personen dazu motiviert, bei Vorurteilsdelikten zu handeln, um die Betroffenen zu unterstützen.
2. Im Entwicklungsprozess ist auf eine gute Einbindung von Betroffenenorganisationen und des Polizeipräsidiums München zu achten.
3. Die für die Umsetzung der Kampagne erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 80.000 Euro sind in den Haushalt 2022 (Teilhaushalt des Direktoriums) aufzunehmen und bereitzustellen. Das Produktkostenbudget des Produktes P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich damit im Jahr 2022 zahlungswirksam um diesen Betrag.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.
5. Der Antrag 20-26 / A 02181 ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.

## **III. Beschluss** nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in  
ea. Stadtrat/-rätin

Dieter Reiter  
Oberbürgermeister

**IV. Abdruck von I. mit III.**  
über die Stadtratsprotokolle

**an das Direktorium - Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an das Revisionsamt**  
z. K.

**V. Wv. -Direktorium FgR**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An D-GL2**

**An**

**An**

z. K.

Am